



## Barnimer Gemeinden prüfen Klage gegen Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen

Barnimer Gemeinden prüfen derzeit, ob sie Schadenersatzanspruch bei einem Hersteller von Feuerwehrlöschfahrzeugen stellen können. Dieser ist in einen Betrug im großen Stil verwickelt, den das Bundeskartellamt aufgedeckt hat. Zwischen den drei in Deutschland tätigen Herstellern von Feuerwehrlöschfahrzeugen hat es illegale Preisabsprachen gegeben.

Gegen drei Firmen hat das Bundeskartellamt Bußgelder verhängt. Dem Unternehmen werden seit 2001 verbotene Preis- und Quotenabsprachen vorgeworfen. Vielen Kommunen sei ein finanzieller Schaden entstanden.

Das Bundeskartellamt hatte informiert, dass sich die Mitglieder des Kartells über Jahre hinweg bestimmte Verkaufsanteile zugestanden haben. Sie sollen den Markt für Feuerwehrlöschfahrzeuge in Deutschland untereinander aufgeteilt haben.

Auch die Vertriebsleiter der Unternehmen trafen sich. Auf diesen Treffen wurden die kommunalen Ausschreibungen von Feuerwehrfahrzeugen untereinander aufgeteilt.

Einige Kommunen wollen nun prüfen lassen, ob sie gegebenenfalls Schadenersatz gegen die Unternehmen geltend machen können. Auch die Stadt Bernau ist betroffen. Ralf-Peter Hennig, Dezernent für Finanz- und Ordnungsangelegenheiten, hält es jedoch für unwahrscheinlich, dass Bernau Geld zurück fordern kann.

Zehn Fahrzeuge für die Feuerwehr hat die Stadt Bernau seit dem Jahr 2000 angeschafft. Acht davon stammen von der Firma Ziegler, die beiden anderen sind kleine Fahrzeuge, die bei heimischen Autohändlern bestellt wurden. Die meisten der bei der Firma Ziegler gekauften

Fahrzeuge übersteigen den Wert eines Einfamilienhauses. Darunter ein Löschgruppenfahrzeug für 423 000 Euro und ein Löschgruppenfahrzeug für 303 000 Euro. Insgesamt zahlte Bernau rund 1,6 Millionen Euro an das Unternehmen Ziegler.



„Um Schadenersatz zu beantragen, müsste man allerdings genau beziffern können, auf welche Summe sich der Verlust beziffern lässt, den Bernau erlitten hat. Man müsste also

festlegen können: Wie viel hätten wir bezahlt, wenn wir woanders gekauft hätten“, erklärt Ralf-Peter Henning, warum er die Aussichten auf Geldrückzahlungen für gering erachtet.

Die Gemeinde Wandlitz befürwortet indes den vom Deutschen Städte- und Gemeindebund



eingeschlagenen Weg. „Es ist sinnvoll, jetzt keine Einzelaktionen zu starten, sondern vielmehr koordiniert über die kommunalen Spitzenverbände vorzugehen“, erklärte Rathausprecherin Elisabeth Schulte-Kuhnt. „Wandlitz wartet jetzt erst einmal ab, welche Ergebnisse die auf Bundesebene angesetzten Gespräche mit den betroffenen Herstellern ergeben. Sollten sich daraus Anhaltspunkte für mögliche Ansprüche auf Rückvergütungen ergeben, werden wir natürlich tätig.“

Insgesamt 17 neue Fahrzeuge wurden in den vergangenen Jahren in der Gemeinde angeschafft. Allein seit dem Jahr 2004 hat Wandlitz dafür rund 1,27 Millionen Euro ausgegeben.

Auch im Amt Biesenthal-Barnim wurde seit sieben Jahren jedes Jahr ein neues Fahrzeug gekauft. Die Kosten dafür belaufen sich auf etwa eine Million Euro. Um Geld zu sparen lehnte sich das Amt dabei an die Landesbeschaffung an. „So kommen größere Stückzahlen und dadurch günstigere Konditionen zustande“, erklärt André Nedlin aus der Amtsverwaltung das Prozedere. Dass das Amt dennoch zu viel gezahlt haben könnte, verfolgt er mit Interesse.

Im Land wird derzeit geprüft, welche Kommunen betroffen sein könnten. „Sollte Biesenthal-Barnim darunter sein, werden wir uns beraten, wie wir weiter verfahren“, macht Nedlin deutlich.

Die Gemeinde Schorfheide kaufte vor allem von der Firma Rosenbauer. Bürgermeister Uwe Schoknecht: „Mein Ordnungsamt ist beauftragt zu recherchieren, ob uns Schaden entstanden ist.“ Auch er schätzt es jedoch als schwierig ein, einen Schaden konkret nachzuweisen, da es sich um eine komplizierte Materie handle. Die Gemeinde Schorfheide hat einige Fahrzeuge angeschafft, für den Ortsteil Lichterfelde läuft eine Anschaffung gerade - das neue Fahrzeug soll 280 000 Euro kosten, erklärt Schoknecht. Dass auf dem Gebiet eine Preisexplosion im Gange sei, habe er schon länger gesagt. „Wie die zustande kommt, erklärt sich mir jetzt natürlich.“ Wichtig ist seiner Meinung nach, dass die Gemeinden sich zusammen tun und gegebenenfalls eine Musterklage mit anderen anstreben.

„Einzelne Gutachten kann sich keiner leisten“, ist auch Schorfheides Ordnungsamtsleiterin Peggy Sydow überzeugt.